

## Beschluss (vorläufig) Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 29.11.2025  
Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

### Antragstext

1 Vor achtzig Jahren gab sich die Staatengemeinschaft ein Versprechen: gemeinsam  
2 für eine Welt einzustehen, in der Kooperation stärker ist als Krieg und  
3 Konkurrenz. In Europa sehen wir jeden Tag, dass sich dieser Einsatz lohnt. Einst  
4 trennten uns Frontlinien, Stacheldraht und Mauern. Heute verbindet uns das  
5 gemeinsame Ziel, für Frieden, Freiheit, die Achtung der Menschenwürde, die  
6 Wahrung der Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie  
7 einzutreten. Die Europäische Union ist bis heute Hüterin für diese Werte und  
8 Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Unsere Aufgabe bleibt es, sie nach  
9 innen und außen zu verteidigen, zu stärken und universell durchzusetzen. Als  
10 erfolgreichstes Friedensprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg hat die EU eine  
11 Strahlkraft weit über die Grenzen Europas hinaus. Sie zeigt, dass sich der  
12 Einsatz für das Völkerrecht, für Frieden und Kooperation lohnt.

13 Diese Errungenschaften werden heute auf eine harte Probe gestellt. Wir erleben  
14 eine massive Erschütterung des internationalen Systems. Russlands Angriff auf  
15 die Ukraine und ein freies Europa ist die größte Bedrohung auf unserem Kontinent  
16 seit 1945. Weltweit sind nationalistische Bewegungen und autoritäre Kräfte auf  
17 dem Vormarsch. Diese autoritären Kräfte gewinnen nicht nur in ihren Ländern  
18 immer stärker an Macht, sondern vernetzen sich auch international und üben über  
19 gezielte Desinformation und Propaganda zunehmend Einfluss auf unsere Demokratien  
20 aus. Sie eint ein gemeinsames Interesse: Die Grundpfeiler der liberalen  
21 Weltordnung zu erschüttern und durch ein autoritäres Machtgefüge zu ersetzen.  
22 Sie nutzen dabei Gewalt als in ihren Augen normales Mittel der internationalen  
23 Politik und missachten Menschenrechte. Sie führen Kriege, destabilisieren  
24 Demokratien und multilaterale Organisationen. Sie wollen eine auf Recht und  
25 Kooperation beruhende Weltordnung überwinden, die sie in der Ausdehnung ihrer  
26 Macht beschränkt. Stattdessen wollen sie, dass wieder das Recht des  
27 Skrupellosen, Nullsummen- und imperiale Logiken gelten, und Demokratie und  
28 Freiheit der Vergangenheit angehören.

29 Diese Entwicklung verschont auch unsere engsten Verbündeten nicht. Wir sehen mit  
30 Sorge in den USA, dass die Demokratie Schritt für Schritt nach dem Drehbuch der  
31 autoritären Kräfte beschnitten wird. Präsident Donald Trump treibt im  
32 Rekordtempo einen autoritären Staatsumbau voran: Oppositionelle,  
33 Zivilgesellschaft, Medien und Universitäten werden massiv unter Druck gesetzt.  
34 Die Rechte von Frauen sowie LSBTIQ-Personen, Migrant\*innen und Minderheiten  
35 werden eingeschränkt, der Rechtsstaat angegriffen und soziale Ungleichheiten  
36 verschärft. Den Angriff auf den Rechtsstaat im eigenen Land setzt Trump auf  
37 internationaler Ebene fort: Statt auf das Völkerrecht setzt er auf die  
38 Erpressung, Deals mit Autokraten und das Recht des Stärkeren. Bündnisse und  
39 Allianzen werden immer wieder in Frage gestellt. Dabei schreckt er nicht vor  
40 politischen Umarmungen von Putin zurück oder vor unverhohlenen Drohgebärden

41 eines mutmaßlich völkerrechtswidrigen militärischen Einmarschs in Venezuela. Die  
42 Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID hat verheerende weltweite  
43 Auswirkungen. Einige der reichsten Männer der Welt um Donald Trump ziehen ihre  
44 größte Genugtuung daraus, den Ärmsten der Welt das Wenige zu nehmen, was sie  
45 haben.

46 Während weltweit an humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gekürzt  
47 wird, eskaliert in Sudan die größte humanitäre Krise der Welt. Das unermessliche  
48 Leid der Menschen ist nur ein besonders gravierendes Beispiel der vielen in der  
49 Öffentlichkeit wenig beachteten Krisen. Die UN-Untersuchungskommission des UN-  
50 Menschenrechtsrats spricht von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die  
51 Menschlichkeit. Die Berichte über Massaker, gezielte Angriffe auf Zivilist\*innen  
52 und sexualisierte Gewalt durch die RSF-Miliz in der Stadt Al-Fashir erschüttern  
53 zutiefst. Es ist nicht nur Teil unseres Selbstverständnisses, sondern auch in  
54 unserem ureigenen Interesse dort nicht wegzusehen, sondern Leid zu lindern,  
55 Schutz zu gewähren und diplomatisch auf ein Ende des Krieges hinzuwirken. Dazu  
56 gehört eine substantielle Aufstockung der humanitären Hilfe und deutlich mehr  
57 Druck auf die Kriegsparteien und ihre externen Unterstützer.

58 Auch die Lage in Syrien bleibt weiterhin fragil. Es sollte jetzt alles daran  
59 gesetzt werden, nach dem Jahrzehnten von Unterdrückung, Folter und Mord unter  
60 dem Assad-Regime ein neues Kapitel für Syrien aufzuschlagen. Das enorme Ausmaß  
61 an Zerstörung, die schlechte Versorgungslage im Land und die Gewaltausbrüche und  
62 Massaker an Alawiten und Drusen in Syrien zeigen einmal mehr, dass dies noch ein  
63 weiter Weg ist. Die Bundesregierung muss ihren Beitrag leisten, damit Syrien ein  
64 stabiles, freies, friedliches Land für alle Syrer\*innen wird. Wer wie die  
65 Bundesregierung in dieser Lage Rückführungen nach Syrien zum ideologischen  
66 Projekt erhebt, hat jeden politischen Kompass verloren.

67 Für uns als Menschenrechtspartei gilt: Die universellen Menschenrechte sind  
68 unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen. Sie zu schützen und  
69 wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung. Der Mensch in seiner  
70 Würde und Freiheit steht im Mittelpunkt unserer Politik. Gerade in unfriedlichen  
71 Zeiten, in denen Autokraten und Rechtspopulisten weltweit die Freiheit und Würde  
72 des Einzelnen - insbesondere die Rechte von Frauen und benachteiligten Gruppen  
73 angreifen - braucht es entschlossenen Einsatz dafür, dass Menschen unabhängig  
74 von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion und Herkunft gleichberechtigt,  
75 friedlich und in Freiheit leben können. Dafür braucht es eine Außen- und  
76 Entwicklungspolitik, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht, für ihre  
77 Durchsetzung arbeitet, feministisch denkt und handelt. Dafür müssen Deutschland  
78 und Europa selbst mit gutem Beispiel voran gehen und diese Prinzipien auch  
79 innerhalb der eigenen Grenzen achten. Die Deklaration der universellen  
80 Menschenrechte und ihre Umsetzung überall bleiben unser Handlungsziel.

81 Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Menschenrechte sind laut UN Charta  
82 die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den  
83 Nationen. Wenn ein Land innerhalb seiner Grenzen mit sich in Frieden ist, wenn  
84 grundlegende Rechte respektiert werden und es keine gewaltvolle strukturelle  
85 Unterdrückung seiner Bürger\*innen gibt, ist die Chance höher, dass es auch nach  
86 Außen nicht als Aggressor auftritt.

87 Für uns als Friedenspartei gilt: Frieden basiert auf der Einhaltung des  
88 Völkerrechts. Das Völkerrecht schützt uns alle vor Gewalt und Willkür - und

89 bildet die Grundlage für Verständigung und Kooperation. Wenn nationale Grenzen  
90 und das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet und stattdessen imperiale  
91 Logiken zum Leitprinzip werden, stellen wir Grüne uns an die Seite der  
92 Angegriffenen und gegen die Aggressoren. Das Völkerrecht schützt die  
93 Souveränität der Ukraine, das Existenzrecht Israels und das nationale  
94 Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Wer diese Rechte  
95 bestreitet, verletzt die Grundpfeiler des Völkerrechts und schwächt eine  
96 gerechte, regelbasierte Weltordnung. Die Vereinten Nationen und die  
97 internationale Strafgerichtsbarkeit sind tragende Säulen dieser Weltordnung. Wer  
98 versucht, sie zu sabotieren oder zu delegitimieren, der bedroht Sicherheit,  
99 Frieden, Freiheit und Wohlstand weltweit. Das erschwert zugleich die Suche nach  
100 Lösungen für globale Menschheitsfragen wie die Klimakrise.

101 Abhängigkeiten verringern, bestehende Partnerschaften stärken, neue aufbauen  
102 Deutschlands Antwort auf diese massiven Verschiebungen muss konsequentes  
103 europäisches Handeln sein. Als größter Mitgliedstaat muss die Bundesregierung  
104 dabei eine Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen - nicht mit leeren  
105 Ankündigungen, sondern mit mutigem Handeln. Wenn wir in einer rauen Weltlage  
106 nicht zum Spielball werden wollen, brauchen wir das Gewicht und die Fähigkeiten  
107 der Europäischen Union.

108 Europa darf sich nicht länger erpressbar machen, sondern muss kritische  
109 Abhängigkeiten überwinden und in die eigene strategische Unabhängigkeit  
110 investieren. Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat die  
111 Zeichen der Zeit erkannt. Doch gute Ideen brauchen Unterstützung aus den  
112 Mitgliedstaaten. Leider zögert und zaudert Deutschland auch unter Friedrich  
113 Merz: Die Bundesregierung steckt der EU Stöcke zwischen die Speichen. Sie  
114 schadet damit nicht nur der gemeinsamen europäischen Idee, sondern auch  
115 Deutschland. Denn wer vermeintliche nationale Interessen über den europäischen  
116 Zusammenhalt stellt, schadet damit auch sich selbst.

117 Dazu zählt: Deutschland und Europa müssen deutlich mehr Verantwortung für die  
118 eigene Sicherheit übernehmen. Die NATO ist und bleibt in entscheidender Rolle  
119 für den Schutz der Sicherheit auf unserem Kontinent; ihren europäischen Pfeiler  
120 gilt es konsequent zu stärken, damit Europa seine Sicherheit wenn nötig auch  
121 eigenständig verteidigen kann. Für Deutschland heißt das unter anderem, die  
122 Bundeswehr personell und materiell gut auszustatten und ihren Kernauftrag der  
123 Landes- und Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit zu  
124 rücken. Sie muss in der Lage sein, gemeinsam mit den Bündnispartnern unseren  
125 Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall auch militärisch zu  
126 verteidigen sowie potentielle Aggressoren wirksam abzuschrecken.

127 Sicherheit ist aber mehr als nur militärische Verteidigung. Sicherheit bedeutet  
128 auch Dialog und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.  
129 Sicherheit bedeutet funktionierende multilaterale Institutionen, die  
130 Konfliktparteien an einen gemeinsamen Verhandlungstisch bringen können. Nicht  
131 zuletzt bedeutet Sicherheit auch die Freiheit von Not und Furcht jedes einzelnen  
132 Menschen. Dabei erkennen wir die besondere Schutzbedürftigkeit von Menschen an,  
133 die vor Krieg und Verfolgung fliehen.

134 Um europäische Souveränität zu stärken, muss Deutschland die neuen Pläne der EU  
135 Kommission zur europäischen Verteidigungsfähigkeit unterstützen und effektiv  
136 europäische Rüstungskooperationen, und gerade die deutsch-französischen,

137 vorantreiben. Für die europäische Sicherheit ist es dabei essentiell,  
138 Abhängigkeiten von Dritten im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungstechnologie  
139 zu überwinden. Aber Souveränität ist mehr als nur militärische Stärke.  
140 Deutschland muss seine wirtschaftliche und technologische Souveränität erhöhen,  
141 indem strategische Industrien in Europa gesichert und ausgebaut sowie  
142 Innovationen gefördert und erleichtert werden. Dazu gehören vor allem  
143 Technologien wie KI, Cloudlösungen, Chip-Herstellung, Quantencomputer,  
144 Satellitenbau und andere Weltrauminfrastruktur, Cyber- und IT-  
145 Sicherheitsinfrastrukturen. Regierungen und Verwaltungen sollten in der Regel  
146 nur europäische Technologien nutzen. Das Land Schleswig-Holstein geht hier  
147 vorbildlich voran.

148 Auch Deutschlands und Europas Abhängigkeiten von China müssen verringert werden.  
149 Insbesondere die europäische Abhängigkeit von China im Rohstoffbereich führt zu  
150 einer Erpressbarkeit. Deutschland muss dem entgegenwirken. Der Rohstofffonds,  
151 den wir in Regierungsverantwortung noch in der letzten Legislaturperiode  
152 aufgesetzt haben, setzt genau dort an. Er trägt einen Teil dazu bei,  
153 unabhängiger von chinesischen Rohstoffen zu werden und orientiert sich an  
154 menschenrechtlichen und ökologischen Standards. Darüber hinaus kann Deutschland  
155 durch stärkere Kreislaufwirtschaft und Recycling von Rohstoffen wirtschaftliche  
156 und ökologische Chancen heben. Gleichzeitig müssen wir in Europa jene Hebel  
157 nutzen, die wir gegenüber China haben. Das beinhaltet auch die Bereitschaft, wo  
158 nötig Gegenmaßnahmen - wie Ausfuhrbeschränkungen, Investitionsbeschränkungen  
159 oder Zollmaßnahmen - zu ergreifen, wie sie im EU-Instrument gegen  
160 Zwangsmaßnahmen durch Drittländer vorgesehen sind. Zur Bewältigung globaler  
161 Herausforderungen wie der Klima- und Biodiversitätskrise braucht es auch  
162 Kooperationen mit China.

163 Auch Energieabhängigkeiten von einzelnen Ländern gilt es zu verringern, und  
164 nicht zu vergrößern. Wir dürfen nicht Putins Gas mit Trumps Gas ersetzen. Sonst  
165 verpassen wir die Chance, mit neuer, klimaneutraler Technik unabhängiger und  
166 sicherer zu werden. Vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen die  
167 Zusicherung der EU-Kommission, als Teil des Handelsdeals mit den USA 750  
168 Milliarden Dollar in fossile Energieträger aus den USA zuzüglich Infrastruktur  
169 zu investieren. Trump will Tanker statt Turbinen, Fracking statt Photovoltaik,  
170 Brennstoffe statt Batterien. Das wäre eine gefährliche Rückentwicklung und eine  
171 weitere Verstrickung in schmutzige Technologien von gestern statt Investitionen  
172 in saubere Technologien von morgen. Statt uns in neue Abhängigkeiten zu begeben,  
173 gilt es jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden fortzusetzen.

174 Die russischen Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 dürfen nie wieder ans Netz  
175 gehen. Gleichzeitig könnten Nord Stream 1 und 2 durch einen neuen Anschluss an  
176 die baltischen Staaten - anstatt nach Russland - eine klimafreundliche  
177 Infrastruktur zur Lieferung von Grünem Wasserstoff nach Deutschland darstellen.  
178 Eine Beteiligung für Polen muss genauso möglich sein. Außerdem muss die  
179 Zustimmung auch anderer europäischer Partner, die stets gegen Nord Stream waren,  
180 wie etwa Tschechien oder Italien, eingeholt werden. Um zu verhindern, dass die  
181 Pipelines potentiell genutzt werden zur logistischen Unterstützung der  
182 völkerrechtswidrigen russischen Schattenflotte und zur möglichen Installation  
183 von Spionage- und Sabotagetechnik, braucht es entschiedene sicherheitspolitische  
184 Antworten zur Sicherung unserer kritischen Infrastruktur. Wenn eine  
185 entsprechende Umwidmung nicht im Einklang mit unseren EU-Partnern und ohne  
186 technischen Zugriff Russlands gelingt, muss die Pipeline zurückgebaut werden.

187 Investitionen in unsere gemeinsame europäische Unabhängigkeit müssen auch im  
188 nächsten EU-Haushalt (MFR) ab 2028 abgebildet werden. Deutschland muss sich in  
189 den nun beginnenden Verhandlungen für eine Stärkung der finanziellen  
190 Handlungsfähigkeit der EU durch neue EU-Eigenmittel und durch einen  
191 modernisierten MFR einsetzen. Dabei liegen uns auch starke Regionen, Klima- und  
192 Naturschutz und der soziale Zusammenhalt besonders am Herzen. Darüber hinaus  
193 liegen mit den Berichten von Draghi, Letta und Niinistö wichtige Ansätze für die  
194 Sicherung von Wohlstand und Resilienz in Europa längst auf dem Tisch - Friedrich  
195 Merz muss endlich aktiv dazu beitragen, dass die EU entsprechende beherzte  
196 Schritte in Richtung Zukunft geht.

197 Die Angriffe auf das multilaterale System stellen für viele Menschen weltweit  
198 eine Bedrohung dar. Deutschland kann ihnen nur im Rahmen einer starken und  
199 handlungsfähigen EU und gemeinsam mit anderen Partnern entgegentreten. Dafür  
200 muss die Bundesregierung bereits bestehenden Partnerschaften wie die mit dem  
201 Vereinigten Königreich, Kanada, Japan, Südkorea und Australien ausbauen.  
202 Zugleich muss sie die Partnerschaften und Kooperationen mit Ländern im Globalen  
203 Süden stärken. Neue und verstärkte Partnerschaften im Indopazifik, in Afrika und  
204 Lateinamerika sind eine Möglichkeit, Allianzen zu bilden, einseitige  
205 Abhängigkeiten zu reduzieren und technologische Entwicklungen zu beschleunigen.  
206 Besondere Schwerpunkte müssen die Sicherung und der Ausbau fairer  
207 Handelsbeziehungen, die Erschließung resilenter Lieferketten, der Einsatz für  
208 nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise  
209 sein. Es gilt, Mitstreiter\*innen für die Maßnahmen zum weltweiten Ausstieg aus  
210 fossilen Energien, entschiedenen Ausbau von erneuerbaren Energien und zur  
211 Steigerung der Energieeffizienz zu gewinnen und Partnerschaften zu stärken.  
212 Diese Partnerschaften müssen im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft vor  
213 Ort entstehen und ihre Rechte, Perspektiven und Bedürfnisse gleichermaßen zu  
214 staatlichen Akteuren berücksichtigen. Dabei muss die Beteiligung von Frauen und  
215 indigenen Gruppen gestärkt werden. Nur so kann gerechte, nachhaltige und  
216 solidarische Zusammenarbeit gelingen.

217 Wir verlieren die unterschiedlichen Krisen und Konflikte in der Welt nicht aus  
218 dem Blick. Wir sehen die Verknüpfungen zwischen diesen Krisen und erkennen, dass  
219 bestehende Ungleichheiten historisch verwurzelt sind. Deshalb wollen wir  
220 gemeinsam und gleichberechtigt mit den Ländern des Globalen Südens Antworten auf  
221 die Herausforderungen finden und dabei strukturelle Ungleichheiten überwinden.  
222 Auch bei Partnern dürfen wir nicht wegschauen und müssen Konsequenzen ziehen,  
223 wenn Menschenrechte verletzt werden oder die eigene Bevölkerung unterdrückt  
224 wird. Beispielsweise setzen wir uns dafür ein, dass die Unterstützung der  
225 sogenannten libyschen Küstenwache weder Teil des deutschen IRINI-Mandats noch  
226 der EU-Mission im Mittelmeer werden. Kriminelle Akteure, die auf Geflüchtete und  
227 Seenotrettungsorganisationen schießen, dürfen nicht wieder aktiv unterstützt  
228 werden. Und auch eine Bundesregierung, die die terroristischen Taliban  
229 normalisiert und zugleich Partner\*innen vor Ort im Stich lässt, verspielt  
230 Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Welt. Eine Anerkennung der Taliban als die  
231 Regierung Afghanistans lehnen wir konsequent ab.

232 Der Rückzug der USA aus der Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit und  
233 humanitäre Hilfe hat eine enorme Lücke gerissen. Bisher waren die USA der  
234 weltweit größte Geldgeber in diesem Bereich. Die Auflösung der US-  
235 Entwicklungsagentur USAID und die Kürzung von bis zu 80 Prozent der Programme  
236 sind vielerorts bereits deutlich spürbar. Gerade jetzt muss Deutschland seiner

237 Verantwortung in der Welt gerecht werden und sein internationales Engagement  
238 ausbauen – statt sich wie die Bundesregierung zurückzuziehen. Wer jetzt die  
239 Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe kürzt oder gar kriminalisiert,  
240 setzt Menschenleben weltweit aufs Spiel. Das sehen wir tagtäglich insbesondere  
241 in Konfliktgebieten und auf Fluchtrouten wie im Mittelmeer. Er verpasst auch die  
242 Chance, weltweit Partnerschaften auf- und auszubauen, sich als geschätzter  
243 Partner zu positionieren und Verbündete zu gewinnen. Autokratische Staaten wie  
244 Russland und China gewinnen im globalen Süden und insbesondere in Afrika an  
245 Einfluss und füllen gezielt die Lücke, die die USA und andere hinterlassen  
246 haben. China finanziert vielerorts Infrastrukturprojekte und baut seine  
247 kulturelle Diplomatie aus. Unsere internationale Zusammenarbeit muss auf diese  
248 Entwicklung reagieren.

249 Auch im Bereich der internationalen Finanzpolitik hat Deutschland die Chance,  
250 voranzugehen und Partnerschaften aus- und aufzubauen, indem es für eine  
251 systemische Reform der internationalen Schuldenarchitektur mit einem  
252 rechtsverbindlichen internationalen Staateninsolvenzverfahren und einer  
253 kritischen Ausseinandersetzung von Ratingagenturen sowie für ein gerechtes  
254 internationales Finanzsystem eintritt.

255 Trotz alldem bleiben die transatlantischen Beziehungen für uns von größter  
256 Bedeutung. Gerade in Zeiten von Trump und zunehmenden autoritären Tendenzen muss  
257 Deutschland Gesprächskanäle und Kooperationen mit den demokratischen Kräften in  
258 Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Universitäten und Wirtschaft der USA  
259 aufrechterhalten und weiter ausbauen, gerade auch auf der Ebene der  
260 Bundesstaaten. Auch die Stärkung unserer Freundschaft zu Kanada hat für uns  
261 Priorität. So lassen wir den transatlantischen Geist von unten neu wachsen und  
262 erblühen.

263 Ukraine: Frieden und Sicherheit wiederherstellen und bewahren

264 Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine mit unfassbarer  
265 Brutalität gegen die Zivilbevölkerung nunmehr im vierten Winter. Die  
266 Ukrainer\*innen verteidigen nicht nur ihr Territorium, sie verteidigen auch das  
267 Recht in Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Würde leben zu können – für  
268 sich und für uns – als Europäerinnen und Europäer. Putins Krieg richtet sich  
269 nicht zuletzt gegen eine auf dem Völkerrecht und Kooperation basierende  
270 multilaterale Ordnung. Er führt einen hybriden Krieg gegen die gesamte  
271 Europäische Union samt ihrer Beitrittskandidaten und bereitet sich auf einen  
272 konventionellen Krieg gegen Frieden und Freiheit in ganz Europa vor. Putin darf  
273 diesen Krieg nicht gewinnen. Weltweit würden Autokraten lernen, dass sie mit  
274 ihren imperialen Machtbestrebungen und Grenzverschiebung durch Waffengewalt  
275 durchkommen – und somit die Welt in ein neues Ausmaß an Unsicherheit stürzen.

276 Putins Aggression wird zunehmend zu einem Schlachtfeld der neuen Technologien.  
277 Das russische Drohnenprogramm prägt immer mehr die brutale Kriegsführung des  
278 Kremls. Gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur wie Energie-, Wasser- und  
279 Wärmeversorgung sowie auf Wohngebiete bestimmen den Alltag in der Ukraine. Der  
280 konstante Beschuss mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern soll die  
281 Bevölkerung mürbe machen. Die gezielte Zerstörung von Strom- und Wärmeversorgung  
282 hat das Ziel, die Menschen im Winter frieren zu lassen. Die russische  
283 Kriegsführung zeigt, wie der Terror gegen die Ukraine funktioniert – und sie  
284 zeigt auch unsere eigenen Verwundbarkeiten.

285 Über den Sommer 2025 hat Putin diplomatische Initiativen bewusst ausgesessen. Er  
286 braucht diesen Krieg zum Machterhalt und zur Unterdrückung der eigenen  
287 Bevölkerung. Denn der Krieg ist nicht nur Putins, sondern der Krieg des  
288 russischen Regimes – getragen von einem autoritären System und ideologisch  
289 legitimiert. Die Kombination aus aggressivem Nationalismus bzw. Imperialismus,  
290 staatlicher Unterdrückung und Gewalt sowie patriarchalen Strukturen in Politik  
291 und Gesellschaft bilden die Grundlage für Russlands gefährlichen Chauvinismus.

292 Der sogenannte „28-Punkte-Plan“ ist ein offensichtlicher Versuch, die Ukraine zu  
293 unterwerfen und einen gefährlichen Deal zum Nachteil Europas zu machen. Statt  
294 sich glaubwürdig für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, sucht US-Präsident  
295 Donald Trump den Pakt mit Kriegsverbrecher Putin. Für die Menschen in den  
296 abgetretenen Gebieten gäbe es keinen Frieden. Unterdrückung, Vergewaltigungen,  
297 Folter, Raub von Kindern würden legalisiert. Ein brutales Besetzungsregime würde  
298 geschaffen. Das Völkerrecht würde verhöhnt. Grundlegende Errungenschaften der  
299 KSZE-Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und der NATO-Russland-  
300 Grundakte – wie das Recht auf freie Bündniswahl – würden rückabgewickelt.

301 Es ist schockierend, dass die US-Regierung viele russische Forderungen eins zu  
302 eins übernommen hat. Der dabei offenbar gewordene Einfluss der russischen  
303 Regierung auf US-Positionen zur Ukraine verdeutlicht das Risiko, dass  
304 Entscheidungen in Osteuropa bilateral zwischen Washington und Moskau getroffen  
305 werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische Mitsprache. Dies ist ein  
306 Angriff auf die lange transatlantische Kooperation im Rahmen der NATO.  
307 Spätestens jetzt muss uns klar sein, dass die USA kein zuverlässiger Verbündeter  
308 Europas mehr sind, dass europäische und US-Interessen nicht zwangsweise Hand in  
309 Hand gehen und dass die US-Regierung bereit ist, entgegen europäischen  
310 Sicherheitsinteressen zu handeln.

311 Der Trump-Putin-Pakt legt leider auch die Schwächen Europas offen. Wenn es um  
312 den Frieden auf unserem Kontinent geht, sind wir in der Verantwortung, jetzt  
313 alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Sicherheit und Freiheit  
314 eigenständig schützen zu können. Unsere Sicherheit verlangt entschlossenes  
315 Handeln, den schnellen Ausbau eigener Verteidigungsfähigkeit und eine  
316 verlässliche Unterstützung der Ukraine.

317 Putins imperiales Machtstreben endet nicht an der Grenze der Ukraine – er führt  
318 einen Krieg gegen das freie Europa. Immer wieder verletzen die russischen  
319 Luftstreitkräfte den Luftraum europäischer Staaten, unter anderem auch  
320 Deutschlands. Zunehmend dringen Drohnen in den europäischen Luftraum ein und  
321 überfliegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur – auch bei uns in  
322 Deutschland. Sabotageakte wie Cyberattacken auf IT-Infrastruktur, Brandsätze in  
323 der Luftfracht oder Angriffe auf Datenkabel in der Ostsee gehören zur neuen  
324 Realität. Es wird systematisch Einfluss auf Wahlen genommen und Desinformation  
325 verbreitet. All das ist Teil der Angriffe Russlands auf unsere  
326 gesellschaftlichen Lebensadern.

327 Wir stehen weiterhin in voller Solidarität an der Seite der Ukrainer\*innen und  
328 ihrem Kampf um Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, den sie nun  
329 seit Jahren mit beeindruckender Entschlossenheit führen. Der Krieg wird erst  
330 enden, wenn Russland spürt, dass es scheitern wird. Die Ukraine muss sich weiter  
331 verteidigen können und für den Fall von Friedensverhandlungen eine starke  
332 Position sicherstellen können. Dabei muss immer gelten: „Nichts über die

333 Ukraine, ohne die Ukraine.“ Die Komplexität tragbarer Friedensprozesse ist  
334 unvereinbar mit den naiven Vorstellungen einfacher Deals mit Putin. Echter  
335 Frieden respektiert das Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität und  
336 territoriale Integrität.

337 Das Recht auf freie Bündniswahl gilt selbstverständlich auch für die Ukraine.  
338 Wir setzen uns dafür ein, den EU-Beitrittsprozess so schnell wie möglich zu  
339 beginnen und unterstützen die Reformagenda konsequent. Wir stehen zur NATO-  
340 Beitrittsperspektive als robuste Absicherung eines Friedens und Stärkung der  
341 kollektiven Verteidigungsfähigkeit. Außerdem unterstützen wir den EU-  
342 Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Republik Moldau und langfristig  
343 Armeniens, die tagtäglich den hybriden Angriffen Russlands ausgesetzt sind und  
344 zugleich eine besondere Rolle für die Sicherheit Europas spielen. Wir stehen  
345 weiterhin an der Seite der proeuropäischen, demokratischen Kräfte in Georgien,  
346 die trotz weitreichender Repression gegen den Kurs ihrer Regierung auf die  
347 Straße gehen.

348 Viele Ukrainer\*innen haben in Deutschland Schutz gefunden. Ihre Integration  
349 wurde durch den direkten Zugang zur Arbeitsvermittlung und  
350 Qualifizierungsmaßnahmen erleichtert. Diese Möglichkeit muss ihnen weiterhin  
351 offenstehen.

352 Die Durchhaltefähigkeit der Ukraine hängt nicht zuletzt von unserer  
353 Unterstützung ab. Friedrich Merz forderte als Teil der Opposition noch lautstark  
354 die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, heute versteckt er sich hinter  
355 Worthülsen, während die Zeit gegen die Ukraine arbeitet. Dabei sollten wir Kyjiw  
356 alle nötigen Systeme liefern, die wir liefern können - auch Marschflugkörper.

357 Mit der Reform der Schuldenbremse haben wir der Bundesregierung neue finanzielle  
358 Spielräume ermöglicht. Dennoch setzt die schwarz-rote Koalition ausgerechnet bei  
359 der Ukraine-Unterstützung den Rotstift an. Deutschland muss die Militärhilfe für  
360 die Ukraine aufstocken und sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und  
361 finanziell stärker unterstützen. Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür  
362 sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen rechtssicher dafür eingesetzt  
363 werden können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem  
364 Tisch – es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch  
365 Risiken. Aber die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.  
366 Russland muss zur Verantwortung gezogen werden. Dazu gehört auch auch die  
367 konsequente Dokumentation und Verfolgung russischer Kriegsverbrechen.

368 Auch der ständige Wiederaufbau der Ukraine ist eine Form des Widerstandes. Dabei  
369 muss ein Fokus auf dem Wiederaufbau der Energieinfrastruktur mit dezentralen und  
370 erneuerbaren Energiequellen liegen, um die Versorgungssicherheit angesichts der  
371 russischen Angriffe zu stärken.

372 Um den Druck auf Russland zu erhöhen, braucht es eine massive Verschärfung der  
373 Sanktionen. Es ist untragbar, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer mit  
374 dem Kauf von russischem Uran, Öl und Gas täglich Millionen in Putins Kriegskasse  
375 spülen. Auch andere Importe von Rohstoffen müssen beendet werden. Die geplante  
376 Kooperation des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom mit der von Advanced  
377 Nuclear Fuels (ANF) betriebenen Atomfabrik Lingen birgt erhebliche Spionage- und  
378 Sabotagegefahr - es darf hierfür kein grünes Licht der Bundesregierung geben.

379 Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten auch außereuropäische Staaten zur  
380 Beendigung von kriegsfinanzierenden Importen aus Russland bewegen. Es braucht  
381 endlich ein entschiedenes Handeln gegen die russische Schattenflotte. Wir  
382 begrüßen das kürzlich beschlossene Einfuhrverbot auf russisches LNG sowie die  
383 Ausweitung der Preisobergrenze auf Ölprodukte. Deutschland muss seine  
384 Führungsrolle in Europa stärker wahrnehmen durch entschiedene  
385 Sanktionsdurchsetzung und die Bekämpfung von Umgehungsstrategien, eine deutliche  
386 Haltung gegenüber Blockierern sowie einen schnellen Abbau der verbleibenden  
387 Energieabhängigkeiten. Im Kampf gegen Sanktionsumgehungen über Drittstaaten  
388 braucht es außerdem enge internationale Koordination, insbesondere im Verbund  
389 der G7 Staaten.

390 Gefangene in russischer Gefangenenschaft - Zivilpersonen wie auch Angehörige der  
391 ukrainischen Armee - sind systematischer Repression, Folter und Mord ausgesetzt.  
392 Tausende ukrainische Kinder wurden verschleppt. Deutschland und Europa sollten  
393 Menschenrechtsverletzungen an diesen Personen dokumentieren, sich in UN,  
394 Europarat und OSZE für ihre Freilassung einsetzen und die juristische  
395 Aufarbeitung unterstützen.

396 Wir reichen denjenigen Russ\*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen  
397 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit  
398 einsetzen und sich dabei oftmals der Gefahr von Repression und Inhaftierung  
399 aussetzen. Auch Frauen und Kinder in russischer Gefangenenschaft sind  
400 systematischer Gewalt, Erniedrigung und Indoktrination ausgesetzt. Menschen, die  
401 aus Russland fliehen, müssen Zugang zu einem fairen Asylverfahren und  
402 verlässlichen Schutz vor Verfolgung erhalten. Gleichzeitig muss russischen  
403 Staatsbürgern, die das Regime unterstützen und vom Krieg profitieren, der Zugang  
404 zum Schengen-Raum verwehrt werden.

405 Deutschland muss eine echte Sicherheitsoffensive gegen hybride Bedrohungen  
406 umsetzen, die bewusst die Urheberschaft von Angriffen verschleiern und die  
407 Bevölkerung verunsichern sollen. Wir fordern, dass der Schutz unserer kritischen  
408 Infrastrukturen - als zentraler Baustein für ein krisenfestes Land - stärker in  
409 den Blick genommen wird. Dazu zählen zum Beispiel die Energieversorgung, die  
410 Kommunikation, der Verkehrsbereich, das Gesundheitswesen oder der Luftraum. Dazu  
411 gehört ein tagesaktuelles Gesamtlagebild zu Angriffen und Spionageaktivitäten,  
412 die zügige Umsetzung der EU-Richtlinien zum einheitlichen Schutz unserer  
413 kritischen Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in  
414 unsere Sicherheitsbehörden. Unsere Nachrichtendienste müssen so aufgestellt  
415 sein, dass sie das Personal, die Technik und die Befugnisse haben, die sie für  
416 eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen - auch im digitalen Raum. Mit einer  
417 Europäischen Nachrichtendienstagentur wollen wir die Zusammenarbeit innerhalb  
418 der Europäischen Union stärken. Auch eine eigenständige, resiliente  
419 Weltrauminfrastruktur ist Teil unserer kritischen Infrastruktur und eine  
420 zentrale Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit: Europa muss seine  
421 industrielle Basis dafür durch gemeinsame Beschaffung, koordinierte Programme  
422 und eine unabhängige Startinfrastruktur sichern. Im Kampf gegen Desinformation  
423 müssen Plattformen im Rahmen der geltenden Regularien - etwa dem Digital  
424 Services Act - stärker in die Pflicht genommen, Medienkompetenz flächendeckend  
425 ausgebaut und Maßnahmen zur Früherkennung von Einflusskampagnen gestärkt werden.  
426 Bei der Abwehr hybrider Bedrohungen müssen wir die Erfahrungen der  
427 Ukrainer\*innen nutzen. Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Stärkung des  
428 Zivil- und Bevölkerungsschutz, der Nachrichtendienste, den Schutz der

429 informationstechnischen Systeme und die Hilfe für völkerrechtswidrig  
430 angegriffene Staaten im Rahmen der Verhandlungen über das Sondervermögen als  
431 Teil der Verteidigungsausgaben verankert - jetzt muss die Bundesregierung  
432 liefern.

433 Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem  
434 militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen  
435 möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen  
436 Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Wir begrüßen die  
437 Bemühungen der Bundesregierung, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht  
438 entstandene Lücke bei der Erfassung von Wehrpflichtigen durch die Wiederaufnahme  
439 verpflichtender Musterung junger Männer zu schließen. Darüber hinaus setzen wir  
440 klar auf Freiwilligkeit.

441 Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete  
442 Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.  
443 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver  
444 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese  
445 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei  
446 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen  
447 Menschen zugänglich sind. So steigern wir die gesamtstaatliche Resilienz,  
448 fördern den Zusammenhalt und können den benötigten personellen Aufwuchs  
449 schaffen. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert aufzubauen  
450 fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für gesamtstaatliches  
451 Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren Kompetenzen von  
452 Freiwilligen abfragt und passende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt.  
453 Wir sind überzeugt: Die Menschen in Deutschland wollen sich und unsere  
454 Demokratie verteidigen. Der Staat ist nun in der Pflicht, ihnen die Gelegenheit  
455 zu geben, sich darauf persönlich und gemeinsam bestmöglich vorzubereiten.

456 Wir brauchen eine vertiefte gesamtgesellschaftliche Debatte über die Frage, wie  
457 wir angesichts der sich verändernden Bedrohungslage gesellschaftliche Resilienz  
458 dauerhaft sicherstellen können. Wir als Partei wollen uns in diese Debatte  
459 führend einbringen. Dabei ist für uns klar, dass die Perspektiven junger  
460 Menschen im Vordergrund stehen und dass alle Generationen ihren Beitrag leisten  
461 müssen. Mit diesem Ziel organisieren wir als Partei eine gemeinsame Debatte mit  
462 unserer Bundestagsfraktion und der GRÜNEN JUGEND. Unser Ziel ist ein  
463 ergebnisoffener Diskussionsprozess darüber, welche militärischen und zivilen  
464 Dienstformen - freiwillig, hybride und verpflichtende -  
465 sowie weitere Formen gesellschaftlicher Mitwirkung zur Gesamtverteidigung und  
466 Resilienz beitragen können.

467 Schon jetzt besteht die rechtliche Möglichkeit zur Wiedereinsetzung der  
468 Wehrpflicht und darüber hinaus zur Ausrufung des Spannungs- und  
469 Verteidigungsfalles, genauso wie das im Grundgesetz verankerte Recht auf  
470 Kriegsdienstverweigerung - niemand kann gegen sein Gewissen zum Dienst an der  
471 Waffe gezwungen werden.

472 Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die  
473 Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die  
474 Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir  
475 uns nicht verteidigen müssen. Für den nötigen Ausbau der europäischen  
476 Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zulernen, gerade bei der

477 Abwehr und dem Einsatz von Drohnen. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge  
478 tragen, gemeinsame Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen  
479 Verteidigungsindustrie zu etablieren.

480 Für den Schutz von Frieden in Freiheit in Europa müssen die NATO und die EU  
481 handlungsfähig bleiben. Dafür wollen wir innerhalb der EU das Veto-Recht  
482 reformieren - und Einstimmigkeitsprinzip abschaffen. Da dies aktuell in weiter  
483 Ferne liegt, geht es darum, die Handlungsfähigkeit durch Koalitionen der  
484 Freiheitsverteidiger zu erhöhen. Das bedeutet eine enge Kooperation von  
485 entschlossenen EU-Staaten mit Ländern wie Norwegen und dem Vereinigten  
486 Königreich. Dabei muss Deutschland auch stärker mit den nordischen und  
487 baltischen Staaten kooperieren und von ihnen lernen. Wir brauchen neue Formate  
488 der politischen Zusammenarbeit, die alle relevanten Länder einbeziehen und es  
489 ermöglichen, europäische Sicherheitsinteressen zu diskutieren und gemeinsame  
490 Entscheidungen voranzutreiben. Ein Format wäre ein Europäischer Sicherheitsrat,  
491 der zunächst beratend für die EU und NATO agieren und langfristig auch zur  
492 Umsetzung von gemeinsamen Entscheidungen genutzt werden kann.

493 Angesichts der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele  
494 unserer Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor  
495 Aggression und Krieg zu schützen. Dennoch bleibt es gerade in diesen Zeiten  
496 entscheidend, Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit  
497 gemeinsamen Abrüstungsschritten schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle  
498 und wahren Frieden und Stabilität.

#### 499 Frieden in Nahost

500 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die  
501 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und der  
502 Shoah auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels als sichere Heimstätte für  
503 Jüdinnen und Juden ist für uns unverhandelbar. Ebenso unverhandelbar ist das  
504 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen sowie unser klares Bekenntnis zum  
505 Völkerrecht, der Würde jedes Menschen und den universellen Menschenrechten. Wir  
506 sind geleitet von dem Grundsatz der menschlichen Sicherheit, der die Sicherheit  
507 des Individuums in den Mittelpunkt stellt und anerkennt, dass die Sicherheit von  
508 Israelis und Palästinenser\*innen untrennbar miteinander verbunden ist. Unser  
509 Einsatz für diese Prinzipien muss auch im Nahen Osten erkennbar und wirksam sein  
510 – nur dann wird unser Eintreten für eine regelbasierte Weltordnung glaubwürdig.  
511 Ob Europa künftig eine konstruktive und wirksame Rolle in einem Friedensprozess  
512 einnehmen kann, wird maßgeblich davon abhängen, ob wir diesem Anspruch gerecht  
513 werden.

514 Unsere Verantwortung für die Sicherheit und das Existenzrechts Israels als Teil  
515 deutscher Staatsräson heißt, Bedrohungen zu erkennen und die Sicherheit  
516 israelischer Bürgerinnen und Bürger zu einer Grundlage unseres Handelns zu  
517 machen. Israel hat das völkerrechtlich verbrieft Recht sich gegen Angriffe zu  
518 verteidigen und auch die anerkannte Pflicht, seine Bürger\*innen im Rahmen des  
519 Völkerrechts zu schützen. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels durch  
520 staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie die Angriffe und den Terror gegen  
521 seine Bevölkerung verurteilen wir.

522 Der Einsatz für die Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson bedeutet  
523 nicht, dass Unterstützung für die israelische Regierung über Verpflichtungen  
524 gegenüber dem Völkerrecht und dem Schutz der Menschenrechte gestellt werden

525 dürfen. Wir müssen Verletzungen dieser Grundsätze klar benennen und kritisieren  
526 sowie für entsprechende Konsequenzen eintreten. Die Sicherheit Israels, der  
527 Wunsch nach Frieden sowie das Einfordern von Völkerrecht, Menschenrechten und  
528 Selbstbestimmung für alle Menschen in der Region gehen Hand in Hand.

529 Auch die Sicherheit der Palästinenser\*innen sowie der Schutz ihrer Rechte, ihres  
530 Lebens und ihrer Freiheit sind zentrale Aufgaben unserer Politik und  
531 Verpflichtungen aus dem Völkerrecht. Dazu gehört es, ihr Selbstbestimmungsrechts  
532 zu verwirklichen und ihren Schutz vor massiven Völkerrechtsverbrechen und  
533 willkürlicher Gewalt zu gewährleisten, sei es durch israelische Siedler\*innen  
534 und Sicherheitskräfte, sei es durch Hamas oder anderen islamistischen Terror.  
535 Die anhaltende Missachtung ihrer grundlegenden Rechte verurteilen wir. Als  
536 Besatzungsmacht trägt die israelische Regierung dabei die völkerrechtliche  
537 Hauptverantwortung für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung in den  
538 besetzten Gebieten.

539 Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas mit unfassbarer Gewalt und Brutalität einen  
540 Terroranschlag auf Israel verübt. Mehr als 1.200 Menschen wurden von der Hamas  
541 ermordet, begleitet von unsäglicher sexualisierter Gewalt, 251 Menschen wurden  
542 verschleppt. Familien und Kinder wurden in ihrem Zuhause ebenso auf grausame  
543 Weise umgebracht wie Jugendliche, die auf einem Festival tanzten. Tausende  
544 wurden verletzt. Es war der schlimmste antisemitische Angriff auf  
jüdisches

545 Leben seit der Shoah, ein Angriff auf das Existenzrecht Israels und auf die  
546 gesamte israelische Gesellschaft. Er hat die Menschen in Israel und weit darüber  
547 hinaus, insbesondere Jüdinnen und Juden weltweit, zutiefst traumatisiert. Der  
548 Angriff der Hamas hat das Versprechen erschüttert, dass Jüdinnen und Juden nach  
549 Jahrhunderten der wiederkehrenden Ausgrenzung und Verfolgung endlich im Staat  
550 Israel eine sichere Heimat finden. Unsere tiefe Solidarität gilt den Opfern und  
551 ihren Familien. Wir blicken mit tiefer Anteilnahme auf diesen Tag und auf das  
552 Leid, dass der Terroranschlag der Hamas bis heute verursacht.

553 Als Reaktion auf den 7. Oktober hat die israelische Regierung einen Krieg in  
554 Gaza geführt, dessen humanitäre Folgen und militärische Mittel unverhältnismäßig  
555 bzw. völkerrechtswidrig sind. Das Vorgehen ist durch nichts zu rechtfertigen –  
556 auch nicht durch den brutalen Terrorangriff der Hamas – und hat unermessliches  
557 Leid und Traumatisierung über die Menschen in Gaza gebracht: Die Schätzungen  
558 über die Anzahl der Todesopfer, unter anderem des Max-Planck-Instituts für  
559 demografische Forschung, reichen von mehreren Zehntausenden bis zu über  
560 Hunderttausend. Darüber hinaus hunderttausende Verletzte, zerstörte Städte – 80  
561 Prozent der Bausubstanz in Trümmern –, zerstörte Infrastruktur von Wohnhäusern,  
562 Krankenhäusern und Schulen bis hin zu Wasser- und Stromversorgung, massenhafte  
563 Vertreibung, Angriffe auf humanitäre Helfer\*innen und Journalist\*innen, eine  
564 Generation, der ihre Zukunft genommen wurde. Das Leid der Zivilbevölkerung in  
565 Gaza erfüllt uns mit tiefem Schmerz. Viele Menschen in Deutschland haben  
566 Angehörige in Gaza; auch ihre Trauer, Sorge und Verzweiflung gehören zu unserem  
567 Land und verdienen Gehör und Mitgefühl.

568 Auch die skrupellose Kriegsführung und Terrorherrschaft der Hamas hat zu diesem  
569 Leid beigetragen. Dazu gehört der Missbrauch von ziviler Infrastruktur,  
570 fortwährender Raketenterror sowie Hinrichtungen von Palästinenser\*innen, denen  
571 Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen wird. Die Misshandlung der verschleppten

572 Geiseln – einschließlich Folter und sexualisierter Gewalt – ist Ausdruck einer  
573 tiefgreifenden Missachtung der Menschenwürde.

574 All diese Verbrechen verurteilen wir auf das Schärfste.

575 Menschenrechtsverletzungen dürfen niemals relativiert oder gerechtfertigt  
576 werden.

577 Seit dem 7. Oktober tritt der Antisemitismus weltweit immer offener und  
578 gewaltsamer auf. Antisemitische Straftaten haben deutlich zugenommen. Der Schutz  
579 jüdischen Lebens in Deutschland und weltweit ist für uns eine Verpflichtung. Wir  
580 gehen entschlossen gegen jeglichen Antisemitismus in unserer Gesellschaft vor-  
581 sei es Antisemitismus von Rechten, von Linken, von Islamisten oder aus der Mitte  
582 der Gesellschaft. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können.

583 Auch verstärkt sich in Deutschland die pauschale Ablehnung von Menschen mit  
584 arabischem oder muslimischem Hintergrund, begleitet von antimuslimischem  
585 Rassismus. Der Europarat hat Deutschland für Eingriffe der Meinungs- und  
586 Versammlungsfreiheit und exzessiver Polizeigewalt im Rahmen pro-  
587 palästinensischer Demonstrationen gerügt. Diese Kritik muss ernst genommen  
588 werden.

589 Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können genauso Muslime oder  
590 Menschen mit arabischer Herkunft. Der Kampf gegen jegliche Form von  
591 Diskriminierung, gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus ist eine  
592 gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss dringend auf allen Ebenen verstärkt werden.  
593 Wir stellen uns gegen jede Form der Instrumentalisierung des Kriegs in Nahost  
594 für antisemitische oder anti-muslimische Hetze sowie für Einschränkungen von  
595 Grundrechten und setzen uns für sichere Diskursräume und Meinungsfreiheit ein.

596 Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den  
597 Iran nach dem 7. Oktober haben zu weiteren Todesopfern geführt, haben Menschen  
598 aus ihrer Heimat vertrieben. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und  
599 Anschläge dieser Akteure. Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und  
600 andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel  
601 vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht Israels. Das werden wir nie  
602 akzeptieren. Gleichzeitig gilt: Militäroperationen wie der israelische Angriff  
603 auf Hamas-Vertreter in Katar verletzen die territoriale Souveränität von  
604 Drittstaaten, verstößen gegen das völkerrechtlich verbrieftes Gewaltverbot und  
605 gefährden die Vermittlerrolle dieser Staaten in einem Friedensprozess.

606 Die Blockade humanitärer Hilfe durch die israelische Regierung und das  
607 Aushungern der Zivilbevölkerung ist ein schwerer Bruch des humanitären  
608 Völkerrechts und hat zu einer von den Vereinten Nationen bestätigten Hungersnot  
609 geführt. Kriegsverbrechen wie Angriffe auf Zivilist\*innen und zivile  
610 Infrastruktur, humanitäre Helfer und Journalist\*innen sind durch die Vereinten  
611 Nationen und NGOs in Gaza dokumentiert. Noch immer ist der humanitäre Zugang  
612 eingeschränkt und wird als politisches Druckmittel missbraucht. Unabhängige  
613 Presseberichterstattung wurde durch die Einschränkungen für Journalist\*innen  
614 erheblich erschwert.

615 Deutschland trägt Verantwortung, seiner humanitären Pflicht in der Region  
616 gerecht zu werden. Vorrang hat der schnelle, sichere und ungehinderte Zugang zu  
617 Hilfsgütern. Unmittelbar dafür notwendig ist der Wiederaufbau funktionierender  
618 UN-Verteilstrukturen in Gaza. Humanitäre Akteure leisten unter schwersten

619 Bedingungen dringend benötigte Hilfe - sie müssen endlich sicher und ungehindert  
620 ihre Arbeit machen können. Wir verurteilen das Verbot von UNRWA durch die  
621 israelische Regierung und fordern ein sofortiges Ende der Einschränkungen sowie  
622 vollen Zugang und ausreichende Finanzierung für ihre lebenswichtige Arbeit. Es  
623 ist ein Skandal, dass die Bundesregierung in der UN-Generalversammlung erstmals  
624 die Verlängerung des UNRWA-Mandats nicht unterstützt hat – umso mehr inmitten  
625 der anhaltenden humanitären Katastrophe in Gaza. Für uns ist klar: Solange es  
626 keine dauerhafte Lösung des Konflikts gibt, ist das Mandat von UNRWA  
627 unverzichtbar.

628 Humanitäre Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit und den Prinzipien der  
629 Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verpflichtet. Wir fordern die  
630 Auflösung der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation, die entgegen diesen  
631 Prinzipien handelt. Im Rahmen ihrer Verteilungen kam es zu mehr als 1.000  
632 Todesopfern. Eine Politisierung humanitärer Hilfe oder eine Einflussnahme der  
633 Hamas und anderer terroristischer Gruppierungen auf humanitäre Hilfe darf es  
634 nicht geben.

635 Die jeweils spezifische Gewalt und Bedrohung in Gaza, der Westbank und Israel  
636 haben besonders für Kinder weitreichende Folgen. Die Kinder in Gaza gehören zu  
637 den besonders schwer Leidtragenden. Ihre tief sitzenden Wunden zu sehen und zu  
638 heilen, gehört jetzt zu den besonders dringlichen Aufgaben für all diejenigen,  
639 denen an Menschlichkeit, Aussöhnung und Frieden gelegen ist. Gefährdete Personen  
640 müssen durch in Deutschland lebende Angehörige aufgenommen werden können. Zudem  
641 begrüßen wir das Angebot deutscher Städte, Kommunen und Bundesländer, verletzte  
642 Kinder aus Gaza aufzunehmen und zu behandeln. Es ist ein Skandal, dass die  
643 Bundesregierung diese Initiative blockiert. Wir fordern an dieser Stelle gerade  
644 von der SPD in der Bundesregierung einen geraden Rücken und Empathie.

645 Ein Waffenstillstand in Gaza darf nicht dazu führen, dass wir die Augen vor der  
646 eskalierenden Gewalt in der Westbank und Ostjerusalem verschließen. Die oft von  
647 der israelischen Regierung und Armee unterstützte Siedlergewalt, der illegale  
648 Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen und Annexionspläne im  
649 Westjordanland haben massiv zugenommen. Bewohner berichten von täglichen  
650 Angriffswellen, Gewalt und Hassbotschaften.

651 Die palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von  
652 Steuer- und Zolleinnahmen an den Rand des Bankrotts gebracht. Die zunehmende  
653 Zerstückelung des besetzten palästinensischen Gebietes zerstört die  
654 geographische Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung und verletzt geltendes  
655 Völkerrecht. Wir verurteilen dieses Vorgehen der in Teilen rechtsextremen  
656 Regierung Netanjahu und halten es für falsch, dass Premierminister Netanyahu  
657 seit Jahren mit seiner Politik maßgeblich dazu beiträgt, einen palästinensischen  
658 Staat unmöglich zu machen und eine Zwei-Staaten Lösung zu unterminieren.

659 Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts. Deutschland muss konsequenter als  
660 bisher zwischen dem Hoheitsgebiet des Staates Israel und den seit 1967 besetzten  
661 palästinensischen Gebieten unterscheiden und die klare Botschaft senden, dass  
662 einseitige Grenzverschiebungen nicht anerkannt werden. Von der Bundesregierung  
663 erwarten wir, sich klar einzusetzen für die Umsetzung der Resolution 2334 des  
664 UN-Sicherheitsrats von 2016, die einen unverzüglichen und vollständigen Stopp  
665 der illegalen Siedlungsaktivitäten fordert, sowie des IGH-Gutachtens vom 19.

666 Juli 2024, welches die israelische Besatzungspolitik in Gaza und der Westbank  
667 als völkerrechtswidrig einschätzt.

668 Immer mehr UN-Stellen, Menschenrechtsorganisationen und unabhängige Medien  
669 berichten über schwere Misshandlungen palästinensischer Gefangener in  
670 israelischer Haft seit Beginn des Gaza-Krieges – darunter Folter, sexualisierte  
671 Gewalt, Isolationshaft und den stark ausgeweiteten Einsatz von Administrativhaft  
672 ohne Anklage oder rechtsstaatliches Verfahren. Diese Praktiken widersprechen  
673 fundamentalen Menschenrechts- und Rechtsstaatsprinzipien. Wir verurteilen diese  
674 Verstöße entschieden und fordern unabhängige Untersuchungen, Zugang für  
675 internationale Beobachter\*innen sowie ein sofortiges Ende willkürlicher und  
676 menschenrechtswidriger Inhaftierungen.

677 Heute, fast zwei Jahre nach Beginn der Eskalation, gibt es Hoffnung auf ein Ende  
678 des Krieges und Frieden. Die Friedensgespräche in Ägypten haben zur Freilassung  
679 der Geiseln und einem Waffenstillstand in Gaza geführt. Nach zwei Jahren in den  
680 Händen der Hamas konnten die noch lebenden Geiseln endlich zurück zu ihren  
681 Familien. Hunderttausende Menschen in Gaza können endlich auf ein Ende der  
682 Angriffe und der humanitären Notlage hoffen. Diese Freude und Erleichterung  
683 teilen wir. Und es war ein Tag der Trauer über die verstorbenen Geiseln, von  
684 denen bis heute nicht alle an ihre Angehörigen überführt wurden - wir teilen  
685 ihren Schmerz genauso wie den Schmerz der Menschen in Gaza, deren Angehörigen  
686 ihr Leben unter den Trümmern Gazas oder unter ungeklärten Umständen in  
687 israelischer Haft ließen. Im Rahmen des Friedensprozesses muss jetzt alles getan  
688 werden, damit das Schweigen der Waffen Bestand hat.

689 Der Friedensplan muss jetzt umgesetzt werden. Als nächstes braucht es die  
690 Entwaffnung der Hamas, die Absicherung Gazas durch internationale Unterstützung,  
691 den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie die Übergabe der  
692 Verantwortung an die Palästinenser\*innen. Dabei bleiben folgende Grundsätze für  
693 uns leitend: Von Gaza darf künftig keine Gefahr mehr für Israels Sicherheit  
694 ausgehen. Die Palästinenser\*innen dürfen nicht aus Gaza vertrieben werden, und  
695 es darf keine Wiederbesetzung oder territoriale Reduzierung von Gaza durch  
696 Israel geben. Es braucht eine gemeinsame Perspektive für Gaza und  
697 Westjordanland, anders ist eine Staatlichkeit nicht denkbar. Die  
698 völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank und die Annexionen müssen beendet  
699 werden. Es darf keine Lösung über die Köpfe der Palästinenser hinweg geben. Sie  
700 müssen den politischen Prozess nicht nur mitgestalten, sondern maßgeblich in  
701 ihrem Sinne prägen. Es ist wichtig, dass sich dabei auch die arabischen  
702 Nachbarstaaten gemeinsam für eine politische Perspektive engagieren.

703 Dieser Prozess braucht aber auch das Ziel von dauerhaftem Frieden und Sicherheit  
704 für alle Menschen in der Region. Unser Ziel bleibt eine verhandelte  
705 Zweistaatenlösung, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer  
706 und lebensfähiger Staat Palästina Seite an Seite in Frieden und Sicherheit  
707 leben. Sie auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen, ist zentrale Aufgabe  
708 und Verantwortung deutscher Außenpolitik. Nur eine Zweistaatenlösung wird einen  
709 gerechten und dauerhaften Frieden bringen und das Recht auf Selbstbestimmung  
710 beider Völker erfüllen: den Fortbestand Israels als sichere Heimstätte für  
711 Jüdinnen\*Juden garantieren sowie die Schaffung eines souveränen Staates  
712 Palästina. Zentrales Element für gleichberechtigte Verhandlungen über eine  
713 Zweistaatenlösung ist die Anerkennung des Staates Palästina, auch durch  
714 Deutschland. Im aktuellen Friedensprozess ist die Anerkennung auch durch

715 Deutschland ein prioritärer Schritt. Die Regierungsverantwortung im gesamten  
716 palästinensischen Gebiet muss bei der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen,  
717 mit angemessener internationaler Unterstützung. Die Hamas und andere  
718 Terrorgruppen dürfen darin keine Rolle spielen. Wir fordern die Bundesregierung  
719 auf, sich in diesem Sinne dem von Frankreich und Saudi-Arabien initiierten  
720 Prozess für die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Regelung anzuschließen. Deutschland  
721 darf sich nicht international isolieren.

722 Israel und die Palästinenser brauchen die Hilfe der internationalen  
723 Gemeinschaft, um die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, denn der Weg  
724 dahin ist weit. Die EU muss im anstehenden Friedensprozess eine aktive Rolle  
725 spielen und dabei alle Hebel nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Auch im Nahen  
726 Osten gilt: Nur eine starke und geeinte EU kann das nötige diplomatische Gewicht  
727 entwickeln, um wirkungsvoll zu handeln und zum Frieden in Nahost beizutragen.  
728 Wir halten dies für notwendig und sehen dies auch im deutschen Interesse an  
729 einer friedlichen Region und einer völkerrechtsbasierten internationalen  
730 Ordnung. Die Bundesregierung darf hierbei nicht bremsend am Rande stehen,  
731 sondern muss sich konstruktiv für eine gemeinsame europäische Nahostpolitik  
732 einbringen. In diesem Rahmen können Mitgliedstaaten auch individuelle  
733 Beziehungen in die Region wirksamer nutzen.

734 Israelische und palästinensische Friedenskräfte sowie  
735 Menschenrechtsverteidiger\*innen warnen seit Langem, dass Versuche, den Konflikt  
736 zu managen ohne die grundlegenden Rechte der Palästinenser\*innen zu sichern, zum  
737 Scheitern verurteilt sind. Ebenso wenig kann eine Normalisierung der Beziehungen  
738 zwischen arabischen Staaten und Israel einen nachhaltigen Beitrag zu Stabilität  
739 in der Region leisten, wenn diese Fragen ausgeblendet werden. Internationale  
740 Vermittlung muss deshalb auf einen gerechten, selbstbestimmten Friedensprozess  
741 hinwirken, der den Weg für das Ende der Besatzung und die gegenseitige  
742 Anerkennung zweier souveräner Staaten auf der Grundlage von 1967 ebnet sowie die  
743 Zivilgesellschaft einbezieht. Gleichzeitig unterstützen wir Schritte zu einer  
744 umfassenderen Friedensordnung im Nahen Osten unter anderem durch regionale  
745 Dialogformate.

746 Es ist geltendes Recht, dass grundsätzlich keine Lieferungen von Waffen und  
747 Rüstungsgütern erfolgen dürfen, wenn das eindeutige Risiko völkerrechtswidriger  
748 Verwendung besteht. Bündnis 90/Die Grünen fordern seit Jahren verlässliche  
749 Mechanismen der Endverbleibskontrolle gelieferter Waffen an alle Länder zwecks  
750 einer effizienten Umsetzung des Rechts. Das gilt auch für Israel. Gleichzeitig  
751 gehört zu unserer Verantwortung gegebenenfalls auch militärische Unterstützung  
752 für die Verteidigung Israels und seiner Bürger\*innen vor Angriffen und Bedrohung  
753 durch Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah, die Huthi-Milizen, die  
754 Hamas und den Islamischen Dschihad zu gewähren. Ob deutsche Waffen zur  
755 Selbstverteidigung oder etwa zur Vertreibung der palästinensischen  
756 Zivilbevölkerung eingesetzt werden können, ist nicht immer leicht zu überprüfen.  
757 Doch wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels und dem  
758 Völkerrecht gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir diese  
759 Differenzierung leisten. Vor diesem Hintergrund hat Deutschland sich zurecht  
760 entschieden, keine neuen Ausfuhr genehmigungen für den Export von Waffen und  
761 Rüstungsgütern nach Israel zu erteilen, die im völkerrechtswidrigen Vorgehen in  
762 Gaza eingesetzt werden können. Zusicherungen zum völkerrechtskonformen Einsatz  
763 gelieferter Rüstungsgüter können das Verbot, tatsächlich völkerrechtswidrige  
764 Einsätze mit zu ermöglichen, niemals überragen. Die Entscheidung der

765 Bundesregierung, die Exportbeschränkungen wieder aufzuheben ist angesichts der  
766 äußerst fragilen Waffenruhe und den Entwicklungen in der Westbank unangemessen.  
767 Angesichts der dokumentierten Verstöße gegen das Völkerrecht der israelischen  
768 Armee fordern wir, dass die Beschränkungen wieder eingesetzt werden und richten  
769 unser Augenmerk dabei neben Gaza auch auf Westbank und Golan. Die rechtlichen  
770 Verpflichtungen, die sich für Deutschland als Vertragsstaat des  
771 Waffenhandelsvertrages (ATT) und seinen nationalen Umsetzungsgesetzen ergeben,  
772 müssen eingehalten werden. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden  
773 parlamentarischen Mitteln sicherstellen, dass die Bundesregierung diese  
774 Verpflichtungen strikt einhält und deren Umsetzung sowie die Einhaltung durch  
775 die israelische Regierung wirksam überprüft.

776 Deutschland sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der  
777 Palästinenser\*innen weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen  
778 praktisch fördern – durch Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher  
779 Institutionen, Ausbildung von Verwaltung und Justiz, Förderung demokratischer  
780 Prozesse und wirtschaftlicher Perspektiven. Die PA hat die politische  
781 Entwicklung in der Westbank lange Zeit blockiert, korrupte Strukturen entstehen  
782 lassen, die Demokratie unterminiert. Die PA muss daher jetzt konkrete  
783 Fortschritte in dem versprochenen Reformprozess machen. Wir begrüßen  
784 entsprechende Signale wie die Entscheidung, den sogenannten Märtyrerfonds  
785 abzuschaffen und mit einem bedarfsbasierten sozialen Sicherungssystem zu  
786 ersetzen. Die israelische Regierung muss die vorenthaltenen Zoll- und  
787 Steuereinnahmen der PA freigeben. Wir begrüßen, dass sich Deutschland den zwölf  
788 Staaten angeschlossen hat, die im September 2025 der PA Finanzhilfen zugesagt  
789 haben, und fordern die Bundesregierung auf, diese Unterstützung konsequent  
790 fortzusetzen sowie den Reformprozess konstruktiv zu begleiten. Eine  
791 Wiederaufbaukonferenz für den Gazastreifen sollte maßgeblich von Deutschland  
792 vorangetrieben werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Bedürfnisse der  
793 Bürger\*innen Gazas im Mittelpunkt stehen - und die Sicherheit Israels gewahrt  
794 wird. Hunderttausende Palästinenser\*innen, die im Krieg ihr Zuhause verloren  
795 haben, brauchen dringend Unterkunft und Hoffnung. Dabei muss insbesondere der  
796 Schutz von Frauen und queeren Menschen berücksichtigt werden.

797 Zu einem glaubwürdigen Einsatz für eine Zweistaatenlösung zählen auch Schritte  
798 gegen diejenigen, die ihn gezielt unterlaufen. Die Bundesregierung muss den  
799 Kampf gegen die Terrorgruppen Hamas, Hisbollah und andere islamistische Gruppen  
800 unterstützen. Dabei gilt es auch, Unterstützerstrukturen in Deutschland noch  
801 stärker in den Blick zu nehmen und die Terrorismusfinanzierung aus Deutschland  
802 zu unterbinden. Der Druck auf das iranische Regime als eine der brutalsten  
803 Machtapparate gegen Menschen- und Frauenrechte und zugleich Treiber der  
804 Bedrohung Israel und Destabilisierung der gesamten Region muss massiv verstärkt  
805 werden. Wir setzen uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der iranischen  
806 Revolutionsgarden auf EU-Ebene und klare Sanktionen gegen das Regime ein.  
807 Deutschland muss jetzt vor allem auf die Regierung Netanjahu Druck ausüben, um  
808 den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und die Annexionspläne zu stoppen. Es  
809 braucht jetzt eine Ausweitung der Sanktionen gegen gewalttätige Siedler sowie  
810 eine konsequente Umsetzung des Prinzips, dass Vorteile, die Israel gegenüber  
811 anderen Drittstaaten genießt, nicht den Siedlungen, Siedler\*innen und dort  
812 tätigen Unternehmen zugute kommen. Auch für Unternehmen, die am Siedlungsbau  
813 verdienen, muss das Konsequenzen haben. Finanzielle und wirtschaftliche  
814 Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel darf in keiner Weise den Siedlungen

815 zugutekommen. Darüber hinaus setzen wir uns für Sanktionen gegen den  
816 israelischen Finanzminister Bezalel Smotrich und den Minister für Nationale  
817 Sicherheit Itamar Ben-Gvir ein. Hier muss Deutschland seine Blockade im  
818 Europäischen Rat endlich aufgeben.

819 Das EU-Assoziierungsabkommen enthält starke positive Anreiz zur Einhaltung des  
820 Völkerrechts. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische  
821 Prinzipien ist nach Artikel 2 des Abkommens ein essenzieller Bestandteil der  
822 engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir  
823 halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Die  
824 Bundesregierung sollte gemeinsames europäisches Vorgehen nicht länger blockieren  
825 und den Weg frei machen für eine Teilaussetzung des Abkommens, falls Israel  
826 seine völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt. Davon unberührt  
827 bleiben muss die Zusammenarbeit mit der israelischen Zivilgesellschaft und  
828 Forschung als wichtige Brücken zwischen unseren eng verbundenen Gesellschaften.

829 Zu einem Friedensprozess gehört auch die rechtliche und politische Aufarbeitung  
830 von Kriegsverbrechen. Deutsche und europäische Nahostpolitik soll aktiv dafür  
831 werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden. Wir stehen an  
832 der Seite der rechtsstaatlichen Kräfte in Israel, die zu Hunderttausenden für  
833 den Erhalt der unabhängigen Justiz auf die Straße gehen. Darüber hinaus spielt  
834 die internationale Gerichtsbarkeit - insbesondere der Internationale  
835 Strafgerichtshof (IStGH) - eine zentrale Rolle, wenn ein Staat nicht willens  
836 oder nicht in der Lage ist, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung selbst  
837 ernsthaft durchzuführen. Von der Bundesregierung fordern wir eine verstärkte  
838 Unterstützung des IStGH, um ihn wirksam vor Sanktionen und  
839 Delegitimierungskampagnen zu schützen und die Einhaltung des Römischen Statuts  
840 zu stärken, auch im Hinblick auf die Haftbefehle gegen den israelischen  
841 Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen israelischen  
842 Verteidigungsminister Yoav Gallant. Für diese Aufarbeitung ist auch die  
843 Medienberichterstattung sowie der freie Zugang der Presse und VN-mandatierter  
844 Untersuchungskommissionen entscheidend. Wir fordern unverzüglich den  
845 uneingeschränkten Zugang für unabhängige internationale Journalist\*innen in den  
846 Gazastreifen.

847 Doch nicht allein die Politik zählt jetzt. Der Weg zum Frieden braucht den  
848 Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite  
849 der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für  
850 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog, ein Ende der Besatzung,  
851 Gleichberechtigung und gegenseitige Anerkennung einsetzen. Sie spielen eine  
852 Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden sowie die Verteidigung  
853 demokratischer Institutionen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese  
854 Zivilgesellschaft zu stärken, in Israel wie in Palästina. Wir lehnen die  
855 Beschränkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und die  
856 Diffamierung sowie Kriminalisierung ihres Engagements ab. Dazu gehört etwa die  
857 von der israelischen Regierung geplante Besteuerung auf ausländische öffentliche  
858 Mittel für NGOs.

859 Wir stellen uns außerdem entschieden gegen Boykottaufrufe, die israelische oder  
860 palästinensische Wissenschaftler\*innen, Kulturschaffende, Sportler\*innen oder  
861 Vertreter\*innen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft ausgrenzen. Diese  
862 Bestrebungen ziehen die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt  
863 diejenigen, die für Demokratie und Frieden kämpfen - und erschweren

864 Verständigung. Auch Palästinenser\*innen, die ihr Recht auf friedlichen Protest  
865 ausüben und von der Hamas und internationale Terrornetzwerke bedroht werden,  
866 brauchen unseren Schutz. Mit Israel teilen wir zentrale Werte, auch wenn der  
867 demokratische Rechtsstaat unter Druck steht. Wir stehen an der Seite derjenigen,  
868 die sich für die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner  
869 Bevölkerung vor dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und  
870 demokratischen Strukturen einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die  
871 genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.

872 Die Diskussionen um Israel und Palästina werden in Deutschland in den  
873 vergangenen zwei Jahren zunehmend polarisiert geführt. Es ist unsere Aufgabe als  
874 Partei, auf allen Ebenen inklusive Räume für differenzierte und respektvolle  
875 Debatten zu schaffen und jüdische wie palästinensische Communities einzubinden.  
876 Wir müssen als Partei zeigen, dass es kein Widerspruch ist, sich Antisemitismus  
877 klar entgegenzustellen und für das Selbstbestimmungsrecht von  
878 Palästinenser\*innen und die Einhaltung des Völkerrechts einzustehen.